

Die fundamentale Krise des Westens



10. März 2024 | Veniamin Popow

Eine wachsende Zahl von Medien in Amerika und Europa ist in letzter Zeit zu dem Schluss gekommen, dass die „regelbasierte internationale Ordnung“, für die sich der Westen lange Zeit eingesetzt hat, gescheitert ist.

Im Wesentlichen bedeutet dies, dass die Position der westlichen Mächte in der Welt geschwächt ist: Es ist ihnen nicht gelungen, die russische Wirtschaft durch Sanktionen zu zerstören, und der Krieg in Gaza hat gezeigt, dass die USA und die westeuropäischen Länder bei weitem nicht allmächtig sind.

In den Medien wird häufig behauptet, dass Russlands spezielle Militäroperation in der Ukraine die internationale Lage insofern verändert hat, als sie die begrenzten Fähigkeiten des Westens deutlich gemacht und die Kluft zwischen dem Westen und dem globalen Süden vertieft hat.

Der Ukraine-Konflikt und der Krieg im Gaza-Streifen haben der ganzen Welt und vor allem den einfachen Menschen im Westen gezeigt, dass die herrschenden Eliten diese Realität nicht begreifen können, dass es ihnen an strategischem Weitblick mangelt und dass sie in der Regel von ihren eigenen Interessen geleitet werden.

Die herrschenden Eliten im Westen haben Russland auf jede erdenkliche Weise dämonisiert und sind zu dem Glauben gelangt, dass Russland strategisch besiegt werden kann. Das ist eine gewaltige Fehleinschätzung, und diese Schlussfolgerung wird in sehr naher Zukunft für alle offensichtlich werden. Der Verfasser fühlt sich an den Junker Grushnitsky in Lermontows „Ein Held unserer Zeit“ erinnert, einen Phantasten, der so lange die Rolle eines weltfremden Romantikers spielt, bis er anfängt, selbst daran zu glauben.

Wladimir Putin hat es treffend formuliert:

Russophobie, wie jede andere Ideologie, die auf Rassismus, nationaler Überlegenheit und Ausschließlichkeit beruht, macht denjenigen, der sich ihr anschließt, blind und beraubt ihn der Vernunft.

Der Zustand der „regelbasierten internationalen Ordnung“ wird für viele westliche Mächte immer alarmierender. Einem Artikel der Wochenzeitschrift *The Economist* vom 15. Februar zufolge gewinnen in den USA und in Europa die so genannten Nationalkonservativen an Einfluss, die „freie Märkte im Verdacht haben, von den Eliten manipuliert zu werden“. Sie stehen auch der Migration feindselig gegenüber, verachten den Pluralismus, insbesondere den Multikulturalismus, und sind davon besessen, Institutionen zu demontieren, die sie als vom Globalismus verdorben ansehen.

Trotz ihrer Unterschiede sind diese Nationalkonservativen durch ihre Feindseligkeit gegenüber gemeinsamen Feinden geeint, zu denen Migranten, insbesondere Muslime, Globalisten und alle, die sie angeblich unterstützen, gehören. Donald Trump liegt in den Umfragen in Amerika in Führung. Es wird erwartet, dass die extreme Rechte bei den Wahlen zum EU-Parlament im Juni zulegen wird. In Deutschland erreichte die Unterstützung für die rechtsextreme Partei Alternative für Deutschland (AfD) laut Umfragen im vergangenen Dezember ein Rekordhoch von 23 Prozent. In Erwartung der Wahlniederlage von Rishi Sunak hofft der rechte Flügel der britischen Konservativen Partei, die Macht in der Partei zu übernehmen. Im Jahr 2027 könnte Marine Le Pen Präsidentin von Frankreich werden.

Dem *Economist* zufolge müssen die derzeitigen Behörden die berechtigten Sorgen der Menschen ernst nehmen: Die Öffentlichkeit in vielen westlichen Ländern sieht in der illegalen Migration eine Quelle der Unruhe und eine Belastung für die öffentlichen Kassen. Sie befürchten, dass ihre Kinder ärmer aufwachsen werden als sie selbst. Sie sind besorgt, dass ihre Arbeitsplätze durch neue Technologien verloren gehen. Sie glauben, dass Institutionen wie Universitäten und die Presse von feindlichen, illiberalen, linken Eliten übernommen wurden. Sie betrachten die Globalisten, die in den letzten Jahrzehnten einen Aufschwung erlebt haben, als Mitglieder einer selbstsüchtigen, arroganten Kaste.

Diese Beschwerden sind durchaus berechtigt, und ihr Spott bestätigt nur, wie weit sich die Eliten von der Realität entfernt haben.

Die Haltung Washingtons und seiner Mitläufer in Europa zu den israelischen Kriegsverbrechen gegen die Palästinenser im Gazastreifen hat das Misstrauen der Öffentlichkeit gegenüber den herrschenden Eliten des Westens erheblich verstärkt. Indem sie das Vorgehen der Netanjahu-Regierung offen unterstützen, überzeugen die Regierungen der westlichen Mächte alle, einschließlich ihrer eigenen Bevölkerung, von ihrer eigenen Politik der Doppelmoral: Nur das Leben von Israelis wird geschätzt, Massaker an Arabern sind erlaubt.

Wie die saudische Zeitung *Arab News* berichtet, wollen arabische und muslimische Amerikaner sowie 60 Prozent aller anderen Amerikaner seit Monaten, dass Präsident Joe Biden Druck auf Israel ausübt, damit es einem sofortigen Waffenstillstand in Gaza zustimmt. Das Weiße Haus hat diese Bitten faktisch ignoriert.

Als Reaktion auf diese Haltung trafen sich im Dezember 2023 muslimische Amerikaner in neun potenziell wankelmütigen Bundesstaaten (Swing States) in Dearborn, Michigan, unter dem Slogan „Abandon Biden, Truce Now“. Sie haben geschworen, bei den Präsidentschaftswahlen nicht für Biden zu stimmen, wenn er nicht die Politik ändert, die Israels Völkermord im Gazastreifen möglich macht.

Die US-Zeitschrift *Foreign Affairs* zitiert in einem Artikel mit dem Titel „Gaza and the End of the Rules-Based Order“ einen G7-Diplomaten:

Wir haben die Schlacht im Globalen Süden definitiv verloren. Die ganze Arbeit, die wir mit dem Globalen Süden (rund um die Ukraine) geleistet haben, ist verloren. Vergessen Sie die Regeln, vergessen Sie die Weltordnung. Sie werden nie wieder auf uns hören.

Auch die wirtschaftliche Rezession, die für viele europäische Staaten zum Dauerzustand geworden ist, bietet wenig Raum für Optimismus. In den USA werden sich die hohe Inflation und die enorme Staatsverschuldung nach Ansicht einiger Analysten in diesem Frühjahr und Sommer voraussichtlich noch verschärfen. Der am stärksten beachtete Indikator für die Wirtschaftslage, eine monatliche Umfrage der Universität Michigan, hat ergeben, dass das Vertrauen der Öffentlichkeit auf einem außergewöhnlich niedrigen Niveau liegt, etwa so hoch wie während der weltweiten Finanzkrise 2007-2009.

Da die Präsidentschaftswahlen nur noch neun Monate entfernt sind, ist diese düstere Stimmung zu einem ernststen Problem für die Demokraten geworden. Präsident Joe Biden sieht sich bereits mit einer Reihe von Herausforderungen für seine zweite Amtszeit konfrontiert, angefangen bei den Bedenken, ob er als 80-jähriger Mann noch für das Amt geeignet ist. Ein weiteres großes Hindernis für seine Kandidatur sind die Meinungsumfragen, die ihm schlechte Noten für sein Wirtschaftsmanagement geben.

Die derzeitigen wirtschaftlichen Probleme werden durch die wachsende Ungleichheit, die sich verschärfende Drogenkrise und die Verbreitung von Schusswaffen noch verschärft. Die Förderung nicht-traditioneller sexueller Orientierungen und die Ermutung gleichgeschlechtlicher Paare haben bei vielen konservativen religiösen Menschen berechtigte Empörung ausgelöst.

In der EU werden zwischen dem 6. und 9. Juni mehr als 400 Millionen Wähler in 27 Ländern 720 Abgeordnete des EU-Parlaments wählen, die sie in den nächsten fünf Jahren vertreten werden. Beobachter sagen eine Zunahme des Einflusses der rechtskonservativen Parteien voraus. Ein wichtiger Grund für das gesteigerte Interesse an der bevorstehenden Wahl ist der beispiellose Korruptionsskandal, der im Dezember 2022 im EU-Parlament ausbrach, als der Vizepräsident und mehrere andere Beamte, darunter drei Europa-Abgeordnete, beschuldigt wurden, Schmiergelder angenommen zu haben.

Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen, aber sie hat bereits Fälle von illegalen Aktivitäten und unmoralischem Verhalten seitens der Mitglieder des Europäischen Parlaments aufgedeckt. Die Konservativen werfen der EU vor, eine undurchsichtige Bürokratie mit völlig überbezahltem Personal zu sein, die von der Realität der Bürger in den EU-Mitgliedstaaten abgekoppelt ist und die ihre riesigen Budgets – insgesamt Hunderte von Billionen Euro – nicht für das Gemeinwohl, sondern für die persönlichen Launen und Fantasien ihrer Führer ausgibt.

Die Inflation und die Lebenshaltungskosten steigen in vielen europäischen Ländern weiter an, während viele die EU-Bürokraten in Brüssel für Maßnahmen wie den Green Deal verantwortlich machen, die das Leben der Europäer durch die Verteuerung von Kraftstoff, Lebensmitteln und den meisten anderen lebensnotwendigen Gütern verteuert haben. Darüber hinaus wirken sich die anti-russischen Sanktionen, die dazu geführt haben, dass eine Reihe von europäischen Ländern billige Energie aus Russland ablehnen, negativ auf das Wohlergehen der Bürger aus.

In den letzten Wochen sind Tausende von Landwirten aus ganz Europa, insbesondere aus Deutschland, Frankreich, Polen, Spanien und Belgien, auf die Straße gegangen, um gegen zusätzliche Ausgaben für die Ukraine und gegen die neue EU-Umweltpolitik zu protestieren, die die Landwirtschaft unrentabel macht.

Die kurzsichtige Politik der westlichen Eliten in Bezug auf die Krisen in der Ukraine und im Gazastreifen führt zu einem Vertrauensverlust der Bürger gegenüber den herrschenden Behörden. Es ist leicht vorstellbar, wie sie im Falle weiterer militärischer Rückschläge der Ukraine oder einer Verschlechterung der Lage im Lande reagieren würden.

Die Haltung vieler Entwicklungsländer zu den aktuellen internationalen Prozessen ist höchst symptomatisch. In einem Leitartikel für die internationale arabische Zeitung *Asharq Al-Awsat* schreibt Chefredakteur Grhassan Charbel:

Zelenskys Position erinnert mich an die Bemerkung des verstorbenen ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak gegenüber dem ehemaligen irakischen Außenminister Hoshyar Zebari, dass ‚derjenige, der von den Amerikanern gedeckt wird, nackt ist‘. Derselbe Satz könnte auch von Putin zu Zelensky gesagt werden.

Putin hat das Recht, sarkastisch zu sein. Die Führer des Westens haben nicht akzeptiert, dass er nicht verlieren konnte. Dass er in die Ukraine ging, um den gesamten Westen zu bestrafen und einen großen Coup gegen eine Welt zu starten, die aus dem Zusammenbruch der (Berliner) Mauer und dem Verschwinden der Sowjetunion geboren wurde.

Es ist kein Zufall, dass die herrschenden Kreise Westeuropas derzeit keinen Hehl aus ihrer Besorgnis über das machen, was sie als „Bedrohung durch Trump und Russland“ bezeichnen.

In der Tat zeugt alles, was wir erleben, von der Unzulänglichkeit der gegenwärtig herrschenden Eliten im Westen, die nicht in der Lage sind, die sich abzeichnende Situation vernünftig und rational zu bewerten, da sie sich ausschließlich von kurzfristigen persönlichen Interessen leiten lassen.

Es ist sehr gut möglich, dass sie von einer Welle neuer unerwarteter Ereignisse hinweggefegt werden und neue Führer an die Macht kommen.

Und es ist daher sehr wahrscheinlich, dass das Jahr 2024 in vielerlei Hinsicht ein Wendepunkt sein wird.